

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 25 Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überaU nur:
1 Thlr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von F. Kirchner,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Kreuz-
schen Buchhandlung, Breiter-
weg No. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 272.

Halle, Sonntag den 19. November

1848.

Verzeichniß

der
in der Sitzung der Stadtverordneten
am 20. November d. J. zu verhandelnden Gegenstände.

- 1) Armenkassenrechnung pro 1847.
- 2) Arbeitshaus-Rechnung pro 1847.
- 3) Straßenerleuchtungs-Stat pro 1849.
- 4) Anschlag über Herstellung des Böllberger Weges.
- 5) Protokolle über außerordentliche Revision der städtischen Kassen.
- 6) Anfrage über die an die Korrekptions-Anstalt zu Zeitz zu zahlenden Unterhaltungs-Kosten.

Deutschland.

Halle, d. 17. Nov. In der heutigen Sitzung der Führer und Vertrauensmänner der Hallischen Bürgerwehr wurden unter andern 2 Adressen der Magdeburger und Eis- leber Bürgerwehr mitgetheilt, in welchen dieselben im Wesent- lichen erklären:

daß sie sich bei dem gegenwärtigen Conflict zwischen Krone und National-Versammlung für die letztere erklären, gleich- zeitig aber mittheilen, daß sie sich stets auf gesetzlichem Bo- den bewegen werden.

Da die genannten Bürgerwehren zu wissen wünschten, welche politische Stellung die Hallische Bürgerwehr einnehme, so wurde über diese Frage ein Beschluß herbeigeführt, welcher dahin ausfiel:

daß an dem provisorischen Statut festzuhalten sei, wonach die Hallische Bürgerwehr, unter Beiseiteetzung aller politi- schen Meinungen, lediglich für Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung in der Stadt und für Schutz des Eigenthums und der Person wirken werde.

Berlin, d. 18. Novbr. Se. Maj. der König haben geruht: Dem Polizei-Präsidenten von Bardeleben zu Berlin unter Entbindung von seinem bisherigen Amt die kommissarische Ver- waltung der erledigten Regierungs-Präsidentenstelle zu Arnßberg zu übertragen und dagegen den bisherigen Ober-Regierungs- Rath von Hinkeldey zum Polizei-Präsidenten von Berlin zu ernennen.

Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath, Graf von Renard, ist nach Dresden von hier abgereist.

Auf vielseitig ausgesprochene Wünsche wird nachstehende Ueber- sicht der bis zum 4. d. M. einschließlich auf die freiwillige Staats-An- leihe geleisteten Beiträge zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Provinz	Regierungsbezirk	Summe	Jahre
Provinz Preußen:	Regierungsbezirk Königsberg	199,815	12 Jg.
	Gumbinnen	70,029	10 Jg. 4 R.
	Danzig	347,425	14 Jg.
	Mariewerder	123,737	14 Jg.
	zusammen:	741,007	26 4
Provinz Pommern:	Regbzt. Köslin	97,089	3 Jg.
	Stettin	564,947	2 Jg.
	Etralsund	331,313	27 Jg.
	zusammen:	993,350	2 —
Provinz Posen:	Regbzt. Posen	111,587	5 Jg.
	Bromberg	50,397	10 Jg.
	zusammen:	161,984	15 —
Provinz Schlesien:	Regbzt. Breslau	676,817	10 Jg.
	Liegnitz	302,311	13 Jg.
	Oppeln	91,325	23 Jg.
	zusammen:	1,070,454	16 —
Provinz Brandenburg:	Regbzt. Potsdam	461,823	19 Jg. 9 R.
	Frankfurt	426,044	19 Jg. 3 R.
	zusammen:	887,868	9 —
Provinz Sachsen:	Regbzt. Magdeburg	874,100	15 Jg. 9 R.
	Merseburg	679,444	3 Jg. 10 R.
	Erfurt	192,741	20 Jg.
	zusammen:	1,746,286	9 7
Provinz Westphalen:	Regbzt. Minden	229,272	16 Jg. 6 R.
	Münster	175,304	26 Jg.
	Arns- berg	361,102	27 Jg. 4 R.
	zusammen:	765,680	9 10
Rheinprovinz:	Regbzt. Düsseldorf	632,986	15 Jg.
	Köln	379,015	5 Jg.
	Koblenz	116,016	23 Jg. 9 R.
	Aachen	94,989	22 Jg.
	Trier	63,024	21 Jg.
	zusammen:	1,286,032	26 9
	Summa:	7,652,664	24 6

Rechnet man hierzu die mit Einschluß der Einnah- men der Haupt-Seehandlungskasse in Berlin direkt geleisteten Einzahlungen im Betrage von zusammen welche sich etwa wie folgt vertheilen: a) Einzahlun- gen für Rechnung auswärtiger Darleiher aus den verschiedenen Provinzen, circa 611,000 fl ; b) von dem Haupt-Münz-Comtoir für das, sowohl von Pie- sigen als Auswärtigen an dasselbe eingelieferte ver- arbeitete Silber in geprägtem Courant geleistete Zah- lungen, circa 588,812 fl 19 Jg.; c) würden für die- sige Darleiher bleiben circa 1,836,309 fl 16 Jg.; so beträgt die gesammte Einnahme an freiwilligen Dar- lehen bis zum obigen Tage einschließlich

Berlin, den 15. November 1848.
Finanz-Ministerium.
Im Allerhöchsten Auftrage: Kühne.

Die königliche General-Direction der Seehandlungs-Sozietät hat uns ermächtigt, die in der diesjährigen 16ten Ziehung ausgelooften 10,800 Seehandlungs-Prämien-Scheine, welche am 15. Januar 1849 mit 90 Thlr. pro Schein zahlbar sind, schon von heute ab bis zum Schlusse dieses Jahres, in den Vormittags-Stunden von 9 bis 1 Uhr, gegen Vergütung von $3\frac{1}{2}$ pSt. Zinsen pro anno, einzulösen, wovon wir das betheiligte Publikum hierdurch in Kenntniß setzen.

Berlin, den 18. November 1848.

Haupt-Seehandlungs-Kasse.

In der „Spener'schen Zeitung“ vom 16. d. M. findet sich die Nachricht, der Senat der hiesigen Universität habe Tages vorher über die Schließung derselben berathen, in der heutigen Nummer dieses Blattes die andere, die Behörde habe beschlossen, die Universität vorläufig nicht zu schließen. Beide Nachrichten werden hierdurch für Unwahrheit erklärt.

Berlin, den 17. November 1848.

Der Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität.

Rißsch.

Es ist in mehrere Zeitungen das Gerücht übergegangen, daß der Königl. großbritannische Gesandte Lord Westmoreland und der Gesandte der französischen Republik, Herr Arago, bei Gelegenheit der Verlegung der Versammlung sich nach Potsdam begeben und dem König dies Verfahren widerrathen hätten. Wir sind ermächtigt, dies Gerücht auf das positivste als eine ganz leere Erfindung zu bezeichnen. (St.-Anz.)

Berlin, d. 16. Nov. Baffermann ist auf die Nachricht von der Abstimmung des frankfurter Parlaments, welche ihn unterwegs nach Frankfurt getroffen, sofort umgekehrt und eben in Berlin wieder angelangt. (D. Ref.)

Berlin, d. 17. Novbr. In der gestern um 11 Uhr wieder eröffneten Sitzung der permanenten Stadtverordneten-Versammlung statteten die Stadtv. Duncker, Lewald und Schäffer Bericht über den Erfolg der zum Prinzen von Preußen abgesandten Deputation ab. Die Deputation wurde im Königl. Schloß in Potsdam durch den Flügel-Adjutanten des Prinzen, Major Laue, empfangen und nach den Namen gefragt. Darauf ließ der Prinz sagen, daß er die Erlaubniß des Königs eben nachsuche, die Deputation zu empfangen, welches auch kurz darauf geschah. Nachdem auf Verlangen des Prinzen die Vorstellung der einzelnen Mitglieder der Deputation durch den Stadtv. Duncker geschehen war und derselbe den Zweck der Deputation ausgesprochen, bat er die einzelnen Mitglieder, zu reden. Hierauf schilderte der Stadtv. Lewald die Gefahr, in die das Land durch den gegenwärtigen Konflikt gerathen, und bat um die Vermittelung des Prinzen, welcher unmittelbar als der Nächste am Thron und unabhängig zwischen Krone und National-Versammlung dastehende und daher selbst diejenigen Personen sprechen und hören könne, welche der König vom konstitutionellen Standpunkte aus nicht habe sprechen wollen. Der Prinz äußerte sich dahin, daß er mit vielen Rechtsgelehrten sich über die Rechtsfrage des Konflikts in Verbindung gehalten, daß er aber die Krone in vollem Rechte halte und daß an eine Vermittelung mit dieser National-Versammlung nicht zu denken sei. — Darauf hörte der Prinz die Vorlesung der von den Stadtverordneten an die National-Versammlung gestern gerichteten Petition gegen die Steuerverweigerung und sagte: daß der erste Theil, welcher von dem Mißtrauen gegen das jetzige Ministerium spreche, ihn tief schmerze, dagegen der andere Theil, welcher sich gegen die Steuerverweigerung ausspreche, ihn angenehm berühre. Der Stadtv. Sney ist nahm dann das Wort über die Rechtsfrage selber und der Prinz ging auf jeden einzelnen Punkt der Adresse mit großer Genauigkeit ein, die der Stadtv. Sney ist auch Punkt für Punkt mit wahrhaft glänzendem und anerkannterwerthem freimüthigen Vortrage beantwortete. Er erklärte, daß die Angelegenheit nicht mehr privatrechtlich abzumachen sei, daß sie

jetzt auf dem Boden des Staatsrechts getreten sei. Als Mitglied des Geh. Obertribunals spreche er hierdurch es unumwunden aus, daß die National-Versammlung in ihrem vollen Rechte sei, da sie als constituirende, vereinbarende Versammlung eine gleichberechtigte Partei mit der Krone sei. — Der Prinz dankte für diese freimüthige Erklärung, hielt sich aber dadurch noch nicht für überzeugt. Stadtv. Schäffer bat nun wiederholt um die Vermittelung des Prinzen. Da es sich hier nicht allein um die Gefahr für das Land, sondern auch für die Krone und Dynastie handle. — Der Prinz sagte: Durch die Nachgiebigkeit und die Inconsequenz der Krone am 18. März sei die Dynastie allerdings in eine schiefe Lage gebracht worden, wer nach dem Hause Hohenzollern regieren werde, wisse er nicht, aber wenigstens wolle das Haus Hohenzollern mit Ehren fallen. Der König habe alles mögliche versucht, er hätte jetzt zu diesen Maßregeln schreiten müssen, um die Anarchie niederzudrücken. Selbst Grabow, der heute erst eine Audienz beim Könige gehabt habe, gebe der Krone Recht. Der König werde nichts von den verheißenen Freiheiten kürzen, dafür bürgere sein religiöses Gefühl; er selbst habe erklärt, den konstitutionellen Weg aufrecht zu erhalten, und er habe noch nie sein Wort gebrochen. Er trage Berlin keinen Groll für den 19. März nach, aber tief habe es ihn geschmerzt, daß sich keine Partei für ihn erhoben, die es offen ausgesprochen: der Charakter des Prinzen bürgere dafür, daß er sein Wort halten werde, und er versichere jetzt nochmals auf sein Ehrenwort, daß er von dem konstitutionellen Boden nicht weichen werde. — Nach dieser Erklärung gab der Prinz den Deputirten die Hand und entließ dieselben. Auch die Prinzessin hat sich angelegentlichst mit denselben unterhalten. Beiden hohen Herrschaften ist aber die Lage der Stadt und des Landes mit offenem Freimuth geschildert worden. — Ein Antrag des Stadtv. Heymann, betreffend eine Petition an das Staatsministerium wegen genauer Aufrechthaltung der Habeas-Corpus-Akte abzuschicken, wurde einer Deputation überwiesen. (B. Ztg.)

Ein in diesen Blättern enthaltener Artikel, wonach der Prinz von Preußen sich in den nächsten Tagen durch eine öffentliche Erklärung gegen das Ministerium Brandenburg aussprechen würde, entbehrt, wie wir aus sicherer Quelle erfahren, durchaus der Begründung. (B. Ztg.)

Gestern fuhr man militärischer Seite mit der Abnahme der Waffen in der bereits am vorherigen Tage eingeschlagenen Weise fort. Es wurden die Gegenden um das Schloß herum, Brüderstraße, breite Straße u. s. w. abgesucht. Die Abgabe erfolgte überall friedlich, wie überhaupt die Haltung der Stadt ruhig war.

Berlin, d. 17. Nov. Es konnte Allen denjenigen, welchen es Ernst darum ist, daß die wahre Stimme des Volkes gehört werde, wohl nichts erwünschter sein, als der vorgestern von den im Mielen'schen Saale versammelten Deputirten gefaßte Beschluß der Steuerverweigerung. Traurig ist es, eine Anzahl Männer, unter denen sonst geachtete und ehrenwerthe Namen sich finden, in der Verblendung des Augenblickes zu so offenbar ungeseglichen Schritten hingerissen zu sehen. Es wird sich nicht leicht Jemand finden, der auch unter den außerordentlichsten Umständen das Recht dieser Versammlung zu diesem Schritte anerkennen möchte, durch den, wenn er Erfolg haben könnte, der Staat selbst vernichtet werden müßte. Die Herren im Mielen'schen Saale — und hätten sie selbst noch im Konzertsäle des Schauspielhauses gesessen — konnten unter keinen Umständen das Recht in Anspruch nehmen, irgend Jemand seiner Pflichten gegen den Staat zu entbinden. Es wird sich nun zeigen, daß dieses Pflichtgefühl auch im ganzen

Land lebendig ist. Dies ist eine Appellation an das Land, deren Resultat nicht zweideutig ausfallen kann. Adressen, Botschaften des Vertrauens oder Mißtrauens, an die Deputirten oder an das Ministerium gerichtet, selbst neue Wahlen, die durch das ganze Land ausgeschrieben würden, könnten nicht so vollständig und durchgreifend die wahre Stimmung des Volkes zu Tage fördern, und beweisen, wohin sich das Vertrauen und das Rechtsgefühl desselben in der That und Wahrheit wendet. Behörden und Individuen kommen dadurch gleichmäßig in den Fall, ihre Ueberzeugung durch die That bewähren zu müssen. Mit welcher vollkommenen Ruhe die Regierung dieses Ergebniss erwarten kann, das haben gewiß selbst diejenigen gefühlt, welche für die Steuer-Verweigerung, als ein leichtes, verzweifeltes Mittel, stimmten. Die Regierung kann ihnen sogar nur dankbar dafür sein. Der Kampf ist nun — wo möglich — ein noch offener geworden; die Souverainitäts-Erklärung der Kammer-Majorität (wenn für diesen Beschluß noch eine Majorität vorhanden war, welches von vielen Seiten bezweifelt wird) ist damit thatsächlich besiegelt; und das preussische Volk wird sich nun zu erklären haben, ob es von den Deputirten zur Linken und des linken Centrums, mit Herrn von Unruh an der Spitze, oder von dem constitutionellen Könige und den von ihm ernannten constitutionellen Ministern regiert sein will. Denn eine Regierung muß doch sein, und es steht jetzt nur noch die Wahl offen zwischen dem constitutionellen Königthum und einer Regierungsform, welche wir mit keinem anderen Namen zu bezeichnen wüßten, als dem einer republikanischen. Wie diese Wahl ausfallen, darüber läßt die Achtung vor dem preussischen Volke keine Besorgnisse aufkommen. Die Erhebung der Steuern ist im Interesse des Landes eine eben so bestimmte Pflicht für die Regierung und ihre Behörden, wie die Zahlung derselben es für die Staatsbürger ist. In einer durchgebildeten Verfassung kann es Fälle geben, wo eine solche Verweigerung eintreten kann; — aber in dem vorliegenden Falle kann jedenfalls die Art, wie dieser Beschluß einer Fraction zu Stande gekommen, keinen Zweifel über seine vollkommene Rechtlosigkeit, ja über seinen entschieden aufrührerischen Charakter übrig lassen. Es ist ein Glück für das Land, daß die Frage sich auf diese Spitze in vollkommen unblutiger Entwicklung getrieben hat und in der Festigkeit der Regierung ohne Zweifel auch ihre unblutige Lösung finden wird. Es ist ein besonderes Glück für die Hauptstadt, welcher durch die rechtzeitige Entwicklung einer Macht, vor der die hoffentlich nur kleine Partei, welche einen Konflikt wünschte, im Gefühl ihrer Ohnmacht zurückscheute. Nur der zeitigen Erklärung des Belagerungszustandes und den damit verbundenen Maßregeln hat die große Mehrheit der friedlichen Bürger Berlins es zu danken, daß die Widersetzlichkeit gegen die Anordnungen der Regierung sich auf passiven Widerstand beschränkt hat und dadurch der Stadt ein unermeßliches Unheil erspart ist. Ob es mit diesem passiven Widerstand Ernst ist, ob derselbe auf einem wirklichen Gefühl der Legalität beruht, wie nachhaltig derselbe ist — das muß dieser Beschluß der Steuer-Verweigerung an den Tag bringen. Wer mit aufmerksamem Blick die Art beobachtet hat, wie bisher die Provinzen sich ausgesprochen haben, wird über das Resultat keinen Augenblick im Zweifel sein. (Pr. St.-Anz.)

Gleiwitz, d. 14. Novbr. Das hiesige Landwehr-Bataillon ist gestern in der Stärke von 400 Köpfen, incl. 100 Mann, welche schon früher eingezogen waren, zusammengetreten. Die Einkleidung erfolgte ohne jede Störung. Heute rücken der Stab des Bataillons und die 1ste und 2te Compagnie nach Nikolai, von wo ein Commando von 2 Offizier-

ren und 50 Mann nach Neu-Berun vorgeschoben wird, welche des angestrenkten Grenzdienstes wegen alle 14 Tage abgelöst werden. Der Zweck der Zusammenziehung des Bataillons ist angeblich die Deckung der Landesgrenze gegen etwa übertretende galizische Banden, sowie die Sicherung der Landstraßen. Gestern Abend ging noch mit Eile der Befehl ein, die Zusammenziehung von noch 400 Mann schleunigst vorzubereiten.

Weimar, d. 10. Nov. Heute Morgen ist unser Landtag förmlich aufgelöst worden, um einem neuen, auf den Grund des neuen Wahlgesetzes gewählten Landtage Platz zu machen.

Rastatt, d. 12. Nov. Morgen wird ein anderer Untersuchungscommissar hier eintreffen, um von neuem ein Verhör mit Struve und Blind vorzunehmen, da sie noch immer keinen ihrer Mitschuldigen angegeben haben.

Frankfurt a. M., d. 14. Nov. Am Schlusse der heutigen Sitzung stellten Simon von Vrier und viele Andere den dringlichen Antrag, die Nationalversammlung wolle, in Erwägung, daß über das Schicksal Robert Blums nach dem bis ins Einzelne gehenden Inhalte dreier Briefe aus Wien kein Zweifel mehr obwalte, und daß die Erschießung dieses Reichstagsabgeordneten nach dem Gesetze zum Schutze der Versammlung als Mord sich darstelle, die Centralgewalt auffordern, zur Ermittlung und Bestrafung der mittelbaren und unmittelbaren Mörder Robert Blums die geeigneten Maßregeln zu treffen. Der Reichsminister der Justiz R. Mohl erklärte, daß die heute Nachmittag um 2 Uhr nach Wien abgereisten Abgeordneten den Auftrag erhalten hätten, sämmtliche auf diesen Vorgang bezüglichen Papiere und Nachrichten unverweilt an die Centralgewalt zu übersenden; bis dahin müsse also diese Angelegenheit vorläufig auf sich beruhen. Der Simonsche Antrag wurde dem Ausschusse für die österreichische Frage zur Begutachtung der Dringlichkeit überwiesen.

Stuttgart, d. 13. Nov. Es verlautet, daß der König dem Beschlusse wegen Verminderung der Civilliste seine Genehmigung nicht geben und das Ministerium Römer seine Entlassung einreichen wolle. Der König ist gegen die Fixirung der Verminderung auf gesetzlichem Wege, indem er sein Recht auf die Civilliste als ein vertragsmäßiges, ihm auf seine Regierungszeit verbürgtes, ansieht; die Kammer kann von ihrem mit großer Mehrheit gefaßten Beschlusse, welcher zudem sechs Wochen nach der Antworts-Adresse erfolgte, kaum mehr zurückgehen. Eine baldige Lösung der drohenden Verwicklung wäre aber um so wünschenswerther und, wie es scheint, leichter, da es sich im Grunde doch nur um eine Form handelt, und der König, wie man hört, zu freiwilligen Opfern aus der Civilliste sich wohl entschließen würde, wie er auch für das laufende Etats-Jahr die Summe von 200,000 Fl. nachgelassen hat. (F. D.-P.-N.-Z.)

Wien, d. 15. Nov. Die Wiener Zeitung enthält in ihrem amtlichen Theile Folgendes: „Um alle ausgestreuten Gerüchte über vielfache stattgehabte militairische Hinrichtungen zu widerlegen, welche nur in der böswilligen Absicht verbreitet werden, um Aufregung und Unruhe unter der Bevölkerung neuerdings anzufachen, so findet man sich veranlaßt, in Erinnerung zu bringen, daß jede militairische Execution den Tag nach ihrer Vollziehung in dem amtlichen Theile der Wiener Zeitung veröffentlicht wird. Es diene übrigens zur allgemeinen Wissenschaft, daß bisher nur drei des Hochverraths-Verbrechens überwiesene Individuen mit dem Tode durch Pulver und Blei bestraft worden sind.“

Ferner enthält die Wiener Zeitung Folgendes:

„In Folge der beklagenswerthen Ereignisse, welche die letzteren Tage des Monats October in Wien herbeiführten, ist eine Anzahl von 1600 Individuen verschiedener Stände zur Haft gebracht worden, gegen welche

mehr oder weniger Andeutungen der Theilnahme an den aufrührerischen Vorgängen in der Kaiserstadt vorgekommen waren. Von diesen Verhaftungen ist bis heute eine Anzahl von 996 Personen, welche theils schuldlos oder zufällig aufgegriffen wurden, theils minder bedenklich erschienen, aus den verschiedenen Arrest-Localitäten entlassen worden. Die Proceßur gegen die noch in Untersuchung Verbleibenden wird so schleunig, als es die Umstände gestatten, gepflogen und beziehungsweise fortgesetzt werden. Wien, am 11. November 1848.

Mit Ministerial-Schreiben vom 12. d. M. wurde dem Reichstags-Vorstande das nachfolgende, von Sr. Majestät dem Kaiser aus Olmütz am 10. d. M. erlassene Kabinet-Schreiben mitgetheilt: Wir Ferdinand der Erste, constitutioneller Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn &c. &c. Wir haben mit Unserem Patente vom 22. October 1848 alle zum konstituierenden Reichstage erwählten Volksvertreter aufgefordert, sich bis zum 15. November 1848 in der Stadt Kremsier zuversämlen einzufinden, um daselbst die Berathungen in Beziehung auf die Verfassung fortzusetzen. Es wurde uns vorgestellt, daß viele der Abgeordneten in ihre Heimath gereist seien, und daher nur mit Schwierigkeiten zur rechten Zeit an dem bezeichneten Orte eintreffen können. Auch ist uns zur Kenntniß gekommen, daß die Vorbereitungen, welche wegen der Localitäten des Reichstages und in Abicht auf die Unterkünfte der Reichstags-Abgeordneten, so wie für die übrigen Bedürfnisse getroffen werden müssen, nicht mit Zuverlässigkeit bis zum 15. November 1848 vollendet sein dürften. Endlich ist es von Wichtigkeit, daß gleich bei dem Beginne der Verhandlungen die möglich größte Zahl der Abgeordneten sich einfinde. In Erwägung dieser Verhältnisse finden Wir uns bewogen, den Tag zur Wiedereröffnung des konstituierenden Reichstages vom 15. November auf den 22. November 1848 hinauszurücken, und Wir erwarten um so zuversichtlicher, daß an dem bezeichneten Tage der Reichstag in Kremsier seine Verhandlungen beginnen werde. Olmütz, den 10. November 1848. Ferdinand m. p. Wessenberg m. p.

Sämmtliche Abgeordnete des konstituierenden Reichstages werden demnach aufgefordert, sich bis 22. d. M. in Kremsier einzufinden, woselbst auch der Reichstags-Vorstand eintreffen wird. Wien, am 12. November 1848. Vom Reichstags-Vorstande. F. Smolka m. p., Präsident. Wiser m. p., Schriftführer.

Man vernimmt, daß der Fürst Windischgrätz zur ungarischen Armee, und Generalmajor Baron Gordon nach Olmütz abgereist seien.

Italien.

Aus Oberitalien, d. 6. Nov. Die piemonteseische Regierung hat so eben eine neue Aushebung von 14,000 Mann angeordnet, und gleichzeitig ist ein Tagesbefehl des Herzogs von Savoyen erschienen, welcher sehr kriegerisch lautet und von dem bevorstehenden Wiederbeginn des Kampfes spricht. Trotz all dem wird Karl Albert nur im äußersten Fall die Waffen wieder ergreifen.

Aus Mailand gehen die Nachrichten bis zum 8. Nov. In der ganzen Lombardei wie im Venetianischen hatte die Kunde von der Unterwerfung Wiens einen sehr niederschlagenden Eindruck gemacht. Man hatte so große Hoffnungen auf einen Aufstand gesetzt, der offenbar von der Kossuth'schen Partei im Einverständniß mit Italien angeblasen war. (F. D. P. A. 3.)

Frankreich.

Paris, d. 12. Nov. Gestern Nacht sollen Hausdurchsuchungen bei den bekanntesten Demagogen vorgenommen worden sein, welche der Polizei wichtige Papiere in die Hände gespielt. Dadurch soll der Ausbruch von Unruhen verhütet worden sein. Die Sozialisten wollen nichts von Ledru-Rollin wissen und bestehen darauf, Raspail ihre Stimmen zu geben. Das Manifest Cavaignac's ist den alten Republicanern zu milde und gemäßigt, so daß er eher Stimmen zu verlieren als zu gewinnen dadurch Aussicht hat. Der höhere Clerus soll ihm gewogen sein und für seine Candidatur arbeiten wollen, indem er sich verpflichtet haben soll, die Unterrichtsfreiheit zu schützen. Nichtsdestoweniger steht es mit seiner Candidatur schwach. Der „Constitutionnell“ erklärt sich jetzt offen für Louis Napoleon, indem Thiers die Candidatur ausgeschlagen.

Paris, d. 13. Nov. Die gestrige Feier zur Promulgation der Constitution war nicht vom Wetter begünstigt, aber trotz des schneidend kalten Windes und eines dichten Schneegestäubers kam auf Appel die Nationalgarde sehr rasch auf ihren Sammelplätzen zusammen. Die Decoration des Eintrachtsplatzes machte vielen Eindruck; 102 hohe Masten mit Schilden, auf denen die Namen der Departements von Frankreich, Algier und der französischen Colonieen standen, und dreifarbigem Flaggen verziert und mit Eichenguirlanden unter einander verbunden, umgaben den Platz. In den vier Ecken desselben standen vier Riesenmasten mit großen dreifarbigem Flaggen, auf denen goldgestickt der 24. Febr. 1848 glänzte. Der den Platz zierende Obelisk war ebenfalls decorirt, und vor ihm stand eine, jedoch nichts weniger als schöne allegorische Statue der Constitution, mit entblößter linker Brust, einer Lorbeerkrone auf dem Haupte, in der rechten Hand einen Speer, und in der linken die Constitution. Ihr gegenüber stand ein 90 Fuß hoher Dom, mit Purpursammet bedeckt, und vorn und an den Seiten mit den Worten in goldenen Buchstaben: Liebet euch unter einander. In dem Dome stand auf 24 Stufen ein reichgeschmückter Altar, und auf beiden Seiten desselben Tribunen für die Nationalversammlung, das diplomatische Corps und die höhern Staatsbeamten. Von auswärtigen Ministern waren nur der Marquis v. Normanby, der päpstliche Nuntius, der sardinische, belgische und preussische Geschäftsträger anwesend. Halb 9 Uhr kündigte eine Salve von 101 Kanonenschüssen vom Invalidenhotel den Beginn der Feierlichkeit an, und kurz darauf erschien der Zug der Nationalrepräsentanten, etwa 400 an der Zahl, auf dem Platze, an ihrer Spitze General Cavaignac und der Präsident der Nationalversammlung, Hr. A. Marrast. Fast gleichzeitig kündigte das Geläute von Notre-dame an, daß sich der Zug der Geistlichkeit in Bewegung gesetzt habe. An ihrer Spitze ging der Erzbischof von Paris im vollen Ornat, begleitet von den Bischöfen von Orleans, Quimper und Langres. Nachdem der Erzbischof und sein Gefolge um den Altar Platz genommen, und Abtheilungen der pariser und der Provinzialnationalgarde, und der Militairs sich vor der Tribune aufgestellt hatten, trat Hr. A. Marrast vor den Altar und verlas die Constitution. Nach Verlesung der letzten Paragraphen rief er: Es lebe die Republik! worauf einige, aber nicht allzu viele Stimmen antworteten: Es lebe die Republik! Es lebe die Verfassung! Einige Wenige riefen auch: Es lebe Cavaignac! Hierauf wurde das Bedeum gesungen, der Erzbischof von Paris celebrirte die Messe und gab dem Volke seinen Segen. Eine Revue der Nationalgarde und des regulären Militairs schloß die Feier. Während des Defilirens rief eine Compagnie der ersten Legion: Es lebe Napoleon! und die fünfte: Nieder mit Cavaignac! Es lebe die demokratische und sociale Republik! Es lebe die Amnestie! Das Publicum war wegen des schlechten Wetters nicht sehr zahlreich. Abends waren die öffentlichen Gebäude erleuchtet. Während die Constitution verlesen wurde, öffnete eine dazu ernannte Commission 149 begnadigten Juni-Insurgenten die Pforten des Gefängnisses.

Paris, den 14. Nov. Die Wahl-Agitation wird immer lebhafter. Es ist gewiß, daß die Legitimisten Louis Napoleon ihre Stimmen geben. Carochajaquelin wird einen Brief erscheinen lassen, worin er seiner Partei empfiehlt, ihre Stimmen nicht auf eine edle Person zu verirren, welche höhern Eventualitäten vorbehalten sei. Dies ist verständlich genug, und beweist, daß die Legitimisten Louis Napoleon bloß als Brücke zu Heinrich V. betrachten. Der offene Beitritt des „Constitutionnell“ ist eine wirksame Stütze für Louis Napoleon, dessen Wahl unzweifelhaft ist. Die republicanische Partei scharrt sich freilich in geschlossener Phalanx um Cavaignac und verstärkt sich

selbst durch gemäßigte und ehrliche Royalisten, welche die neuen Umwälzungen fürchten, zu denen Louis Napoleons Wahl führen könnte. Es unterliegt kaum einem Zweifel mehr, daß Ledru Rollin, an Erfolg für sich verzweifelnd, zurücktreten wird, um Cavaignac seine Stimmen zuzuwenden. Es scheint aber Alles vergebens, so mächtig ist der Strom für Louis Napoleon. Uebrigens erklärt das „Bien public,“ Lamartine weise nicht die Stimmen zurück, die sich ihm freiwillig für die Präsidentschaft bieten würden.

Großbritannien und Irland.

London, d. 11. Nov. Die neuesten Nachrichten aus Irland haben eine ziemlich Aufregung hier hervorgerufen. Die südlichen Distrikte der Insel scheinen in einer Art Aufruhr sich zu befinden, in Folge der durch die Rätthe der Krone veranlaßten Verzögerung der Aburtheilung der Angeklagten. Gegen die Minister der Königin erhebt sich Tadel, daß sie nicht wirksamere Maßregeln, etwa das Martialgesetz, gegen die Vorgänge ergriffen haben, deren Schauplatz Irland geworden ist.

Preussische Nationalversammlung.

15. November.

Die letzten Sitzungen fanden im Cölnischen Rathhause, und als auch dieses durch Militär besetzt war, im Mielenzischen Saale statt. Die Berathung wurde von Unruh mit dem Bemerkten eröffnet, daß 203 Deputirte den Antrag gestellt hätten, die Versammlung zu berufen, um über den Kommissionsbericht im Betreff der Steuerverweigerung zu beschließen. Nach Vorlesung des Protokolls bemerkte Dierschke, da der Stellvertreter des Prinzen von Preußen ohne Urlaub weggeblieben sei, so frage er an, ob der Prinz einberufen sei. Zugleich sprach er den Wunsch aus, der Prinz möchte ersucht werden, der Versammlung sein Palais zur Fortsetzung ihrer Berathungen einzuräumen. Der Vorsitzende erwiderte, weil die Akten der Versammlung im Sitzungssaale zurückgelassen, könne das Bureau die Einberufungen nicht bewirken. Von verschiedenen Seiten her wurde über eingegangene Adressen berichtet. Hierauf stattete von Kirchmann den Kommissionsbericht ab. Seit ihrer früheren Berichterstattung hatte die Kommission ihre Meinung geändert und beantragte zu beschließen, „daß kein Ministerium berechtigt sei, Steuern zu erheben, bis dieser Beschluß wieder von der Nationalversammlung aufgehoben ist.“ Schornbaum, Schulze aus Delitzsch, Phillips und Bloem stellten das Amendement: „das Ministerium Brandenburg ist nicht berechtigt, über die Staatsgelder zu verfügen und die Steuern zu erheben, so lange die Nationalversammlung nicht ungestört ihre Berathungen in Berlin fortzusetzen vermag, und tritt dieser Beschluß mit dem 17. d. M. in Kraft.“ Jacharid wollte nur die Verweigerung der direkten Steuern mit Verpflichtung der Nachzahlung; Fischer protestirte gegen den Antrag, weil er Anarchie hervorrufe. Nach Bemerkungen einiger Anderer trat ein Offizier mit 6 Mann Soldaten in den Saal. Darüber der tobendste Tumult. Der Offizier, Major Herwarth, erklärte dem Vorsitzenden, er habe den Auftrag, die Versammlung aufzuheben. Von Unruh forderte die Vorzeigung eines schriftlichen Befehls und fragte, ob Gewalt angewendet würde? Der Major bejahte das Letztere, mit einem schriftlichen Befehle sei er nicht versehen, er berufe sich aber auf die Glaubwürdigkeit eines preussischen Offiziers. Als von Unruh die Versammlung schließen wollte, entstand ein furchtbarer Tumult, alle Anwesenden forderten mit Ungeßüm Schluß der Debatte und Abstimmung. Während sich der Major entfernte, um mehr Mannschaften zu holen, wurde Schornbaums Antrag mit Sturm angenommen und die Sitzung geschlossen.

Die Parlamentarische Korrespondenz äußert sich über den vorstehenden Beschluß in Betreff der Steuerverweigerung im Wesentlichen folgendermaßen: Mit diesem Beschluß hat jene Fraction der Nationalversammlung entschieden das Feld der Revolution betreten. Wird vom Lande diesem Beschluß Folge geleistet, so wird damit die Armee entwaflnet, die Verwaltung und die Rechtspflege gehemmt, Handel und Gewerbe vernichtet, der Staats-Kredit untergraben, mit einem Wort der Staat in seinen Grundfesten erschüttert. Es handelt sich hier nicht mehr um die Aeußerung einer Partei-Ansicht, nicht um einen Akt, der gegen das jetzige Ministerium oder gegen die Krone gerichtet ist, — er ist gerichtet gegen das Land. — Der Begriff des passiven Widerstandes hört hier auf. Ein solcher kann bei Demjenigen gedacht werden, welcher die Zahlung der Steuern verweigert, nicht aber bei dem, der dazu auffordert, am Wenigsten, wenn

er in angemessener Rechtsbefugniß — als Volksvertreter handelt. Der Begriff des parlamentarischen Rechtes, eine Regierung durch Steuerverweigerung zu zwingen, mag passen, wo es sich um Bewilligung neuer Steuern, oder um Bewilligung des Budgets handelt, nicht aber da, wo es den, nach den bestehenden Gesetzen bereits feststehenden und fälligen Steuern gilt. Das Land wird die Augen offen halten, und der Landmann bei dieser Berufung sich vergegenwärtigen, daß die rothe Republik, die im Hintergrunde steht, wie das Beispiel von Frankreich zeigt, den Steuererlaß mit hundertfachen Zinsen wieder einziehen wird. Ob dieser Beschluß von einer beschlußfähigen Majorität gefaßt worden sei, kann bezweifelt werden. — Kein Namensaufruf hat konstatiert, ob 201 Abgeordnete mit ja gestimmt haben. Mitglieder des Centrums, welche protestiren wollten, wurden überschrien, der Beschluß unter stürmischem Tumult gefaßt. Der Major Herwarth hatte soeben den Saal betreten, um die Versammlung zum Auseinandergehen aufzufordern; 2 Kompagnieen hielten vor dem Hause. Herwarth wurde von den Deputirten umzingelt, die einen schriftlichen Befehl von ihm verlangten. Während der Major darauf einging und sich zurückzog, wurde jener Beschluß gefaßt. Als er später wiederkehrte, fand er die Versammlung auseinandergegangen. — Herr v. Unruh hat erklärt, nur auf das schriftliche Ansuchen von 203 Mitgliedern eine Sitzung ferner noch berufen zu wollen. Heute wird man nicht zusammenkommen. Das Centrum hatte sich bereits seit gestern losgesagt. Nur einzelne Glieder desselben (darunter Dunder und Wangenheim) waren in der gestrigen Sitzung, um zu protestiren, — und jetzt rechnet man sie mit, um den Schein eines Majoritätsbeschlusses zu retten.

Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 17. November.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
St. Schuld-Sch.	3 1/2	74 3/4	—	Pomm. Pfndbr.	3 1/2	—	90 1/4
Sech. Präm.	—	—	—	R. = u. Nm. do.	3 1/2	—	89 3/4
Schne.	—	—	91 1/4	Schlesische do.	3 1/2	—	—
Kur = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. ga-	—	—	—
Schuldversch.	3 1/2	—	—	rant. do.	3 1/2	—	—
Berliner Stadt-	—	—	—	Pr. Bf. = N. = Sch.	—	—	84
Obligat.	3 1/2	—	—	Frdrchs'dor.	—	13 3/4	13 1/4
Wtpr. Pfandbr.	3 1/2	—	81 1/2	And. Goldm. à	—	—	—
Groß. Pos. do.	4	95 1/4	—	5 Thlr.	—	13 1/4	12 3/4
do.	3 1/2	—	77 1/2	Disconto	—	3 1/2	4 1/2
Distpr Pfandbr.	3 1/2	—	87 1/4				

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Sf.	Prioritäts-Actien.	Sf.
Brl. Anh. Lit.	—	Berl.-Anhalt	4
A. B.	4 77 3/4 G.	do. Hambg.	4 1/2 89 1/2 G.
do. Hamb.	4 61 1/2 G.	do. Porsd. = M.	4 78 G.
do. St. = Star.	4 85 G.	do. do.	5 86 3/4 b3.
do. Porsd. = M.	4 51 1/2 b3. u. G.	do. Stettiner	5 96 3/4 b3. u. G.
Mgd. = Sblst.	4 —	Mgd. = Leipz.	4 —
do. Leipziger	4 —	Halle = Thür.	4 1/2 81 1/4 B.
Halle = Thür.	4 49 B.	Cöln = Mind.	4 1/2 89 1/2 G.
Cöln = Mind.	3 1/2 74 B. 73 3/4 G.	Rh. v. St. gar.	3 1/2 —
do. Aachen	4 —	d. 1. Priorität	4 —
Bonn = Cöln	4 —	do. St. = Pr.	4 —
Düsseldorf = Gf.	4 —	Düsseld. = Gf.	4 —
Steel. Bohn.	4 —	Mschl. = Märk.	4 82 B.
Mschl. = Märk.	3 1/2 66 3/4 b3. u. G.	do. do.	5 94 B.
do. Zweigbhn.	4 —	do. III. Serie	5 —
Dschl. Lit. A.	3 1/2 88 1/4 G.	do. Zwigbhn.	4 1/2 —
do. Lit. B.	3 1/2 88 1/4 G.	do. do.	5 —
Cosel = Dverb.	4 —	Oberschl.	4 —
Bresl. Freib.	4 —	Cosel = Dverb.	5 —
Krak. Dbschl.	4 41 B.	Steel. = Bohn.	5 —
Berg. = Märk.	4 —	Bresl. = Freib.	4 —
Starg. = Pos.	4 66 B. 65 1/2 G.		
Brieg-Neisse	4 —		
Quitt. = B.	4 —	Ausländ. Stamm-Actien.	
Berl. Anh. B.	4 77 3/4 G.	Dresd. = Görl.	4 —
Mgd. = Wittb.	4 —	Leipz. = Dresd.	4 —
Kach. = Mast.	4 —	Chemn. = Risa	4 —
Th. Wb. = Bhn.	4 —	Sächs. = Bair.	4 —
Musl. = Qb.	4 —	Riel. = Nr. Sp.	4 —
Kudw. = Verb.	4 —	Amst. = R. Fl.	4 —
24 Fl.	4 —	Mdlb. = Thlr.	4 —
Peßt. 26 Fl.	4 —		
Fr. = W. = Mdb.	4 37 3/4 à 38 b3. u. G.		

Leipzig, den 17. November.

Staatspapiere.	Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere. Aktien excl. Zinsf.	Angeboten.	Gesucht.
Königl. sächsische Staats-Papiere à 3 ^o / _o im 14. J. von 1000 u. 500 ^o Kleinere	—	74 ¹ / ₂	P.-Obl. à 3 ¹ / ₂ % Chemn.-R. Eisenb.-Anl. à 10 % 4 ^o / _o R. pr. St.-Schuld-scheine à 3 ¹ / ₂ % in pr. St. pr. 100 R. f. österr. Metall. pr. 150 fl. Conv. à 5 ^o / _o lauf. Zinsen à 4 ^o / _o à 103 ^o / _o im à 3 ^o / _o 14. J.	97	—
do. do. v. 500 u. 200 à 5 ^o / _o do. do. kleinere	86 ¹ / ₂	—	Pr. Frsb'or à 5 ^o idem. auf 100	—	—
Königl. sächs. Land-rentendbriefe à 3 ¹ / ₂ % im 14. J. von 1000 u. 500 ^o Kleinere	—	100 ¹ / ₄	And. ausl. Frsb'or à 5 ^o nach gerin-gem Ausmünzfus-se auf 100	—	12 ³ / ₄
Act. d. ch. S.-Bair. C.-Co. bis Mich. 1855 à 4 ^o / _o spät. à 3 ^o / _o von 100 ^o Kleinere	—	81 ¹ / ₂	Conv.-Spec. u. Gld. auf 100 idem 10 u. 20 Kr. auf 100	—	17 ^o / _o
Leipz. Stadt-Obligationen à 3 ^o / _o im 14. J. von 1000 u. 500 ^o Kleinere	88 ¹ / ₂	—	Aktien d. W. B. pr. St. à 103 %	—	—
Sächs. erbl. Pfand-briefe à 3 ¹ / ₂ % von 500 von 100 u. 25	—	78 ¹ / ₂	Leipz. Bank-Aktien à 250 ^o pr. 100	144	—
S. laufiger Pfand-briefe à 3 ^o / _o S. laufiger Pfand-briefe à 3 ¹ / ₄ % do. à 4 ^o / _o Lepz.-Dresd. Eisenb.	—	74 ³ / ₄	Lepz.-Dresd. Eisen-bahn = Aktien à 100 ^o pr. 100	97	—
	—	82 ¹ / ₄	Sächs. = Schlef. do. pr. 100	73 ¹ / ₂	—
	—	95 ¹ / ₂	Chemnitz = Risaer do. à 100 ^o pr. 100	25	—
	—	—	Lebau = Zittauer do. pr. 100	20	—
	—	—	Magdeb. = Leipz. do. pr. 100	163	—

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Gelde.)

Magdeburg, den 17. November. (Nach Wispeln.)

Weizen	44	52	Gerste	24	27
Roggen	—	—	Hafer	15	17

Berlin, den 17. egrv Moem.

Weizen nach Qualität 58-61^o.

Roggen loco 27¹/₂-30^o.

82pfd. pr. Nov. u. Nov./Dec. 28^o Br., 27¹/₂ G.

pr. Frühjahr 30¹/₂ Br., 30 G.

Gerste, große, loco 26-27^o.

kleine 24-25^o.

Hafer loco nach Qualität 17-18^o.

pr. Frühjahr 48pfd. 17^o Br.

Rübsl loco 11¹/₄ à 11¹/₂ pf.

pr. diesen Monat do.

Nov./Dec. do.

Dec./Jan. 11¹/₃ à 11²/₈ pf.

Jan./Febr. 11²/₁₂ à 11¹/₂ pf.

Febr./März 11¹/₂ pf. 6^o.

März/April do.

April/Mai do.

Spiritus loco ohne Faß 15¹/₄ à 15¹/₂ pf vert.

pr. Nov./Dec. 15¹/₂ pf Br.

pr. Frühjahr 17^o Br., 16³/₄ G.

Wasserstand der Saale bei Halle

am 17. November Abends 6 Uhr am Unterpegel 6 Fuß 5 Zoll.

am 18. November Morgens 6 Uhr am Unterpegel 6 Fuß 6 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 17. November: 30 Zoll unter 0.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 17. bis 18. November.

Im Kronprinzen: Hr. Rittergutsbes. Baron v. Gavelst a. Mecklenburg. Frau Rent. v. Hollmann m. Schwester a. Berlin. Hr. Prof. Müller a. Bonn. Die Hrn. Kauf. Diez a. Leipzig, Cappel a. Bremen, Hauser a. Mainz.

Stadt Zürich: Die Hrn. Kauf. Wedefind u. Bartels a. Magdeburg, Mertens a. Eupen, Müller a. Dresden, Mayer a. Mainz.

Goldnen Ring: Die Hrn. Kauf. Scheffler a. Leipzig, Horn a. Magdeburg, Johann a. Erlangen. Hr. Förster Baumbach a. Eisenberg.

Englischer Hof: Die Hrn. Kauf. Biermann a. Hamburg, Strikt a. Magdeburg. Hr. Rentier Schulze a. Meissen.

Goldne Löwen: Die Hrn. Kauf. Salinger a. Petersburg, Kohnert a. Meissen. Hr. Partil. Hausmann a. Elberfeld. Hr. Lieut. Rudolphi a. Merseburg. Hr. Rauchwarenhdlr. Hohn a. Kopenhagen.

Stadt Hamburg: Die Hrn. Forst-Gand. v. Lenz a. Greifswalde, v. Hohlung a. Neustadt-Eberswalde. Die Hrn. Kauf. Hassel a. Bremen, Rising a. Barmen, Stein a. Magdeburg, Kaiser a. Leipzig.

Goldne Angel: Hr. Fabrik. Roscher a. Kruntschau. Hr. Candidat Lorenz a. Pasewalk. Hr. Dekon.-Insp. Starik a. Freiburg. Hr. Geschäftsf. Dehrting a. Leipzig. Die Hrn. Mühlentef. Bamberg u. Schließ a. Merseburg. Die Hrn. Kauf. Dietringer a. Lübeck, Martens a. Jena.

Zur Eisenbahn: Hr. Amtm. Büschel m. Gem. a. Bergdorf. Hr. Dekon.-Commiff. Daug a. Merseburg. Die Hrn. Kauf. Heller u. Sattler a. Magdeburg.

Bekanntmachungen.

Ritterguts-Verkauf.

Ein Rittergut in der Provinz Sachsen, in der Nähe mehrerer Städte, in einer schönen Umgebung mit 300 Morgen guten tragbaren Feldern und 50 Morgen Wi. se, sämtliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude in sehr gutem geräumigen Zustande, soll mit dem vollständigen Inventarium sofort gegen annehmbare Bedingungen verkauft werden. R. f. l. titrende Herren werden gebeten, sich an Unterzeichneten zu wenden.

Lützen, den 16. November 1848.

Heinrich Zöpfel.

Güter-Verkauf.

Landgüter in hiesiger Nähe, zu den Preisen von 13,000, 7000, 6000, 4000

und 1500 R^o können zum Verkauf nachgewiesen werden. Das Nähere durch Heinrich Zöpfel in Lützen.

Haus-Verkauf.

Ein schönes und sehr geräumiges Wohnhaus auf dem Lande in hiesiger Nähe, mit 4 Stuben, 4 Kammern, 2 Küchen, 1 Keller, großem Hofraum, einem daran gelegenen schönen Garten und mehreren dazu gehörenden Krautländern, kann sofort unter billigen und annehmbaren Bedingungen zum Verkauf nachweisen.

Heinrich Zöpfel in Lützen.

 Frische Colchester Muster
 empfing C. H. Kiesel

Bad Wittkind.

Morgen, Sonntag, ladet zum Concert von der Familie Drechsler und frischen Pfannkuchen ergebnst ein

G. Lüttich.

Eine neue Sendung **Nürnberg-ger Bier**, den Setbel 2 J^o, empfiehlt G. Kink.

Limburger, Bremer und Elbinger Neun- augen in 3-, 2-, 1- und 1/2-Schock-Fäß- sen, so wie im Einzelnen auffassend billig bei F. Eppner.

Einen Lehrling sucht jetzt oder zu Etern der Sattler Leopold Agricola in Wetz- tin.

Wettin, d. 16. Novbr. 1848. Nachdem bereits am 13 d. M. von der hiesigen Bürger-Versammlung und dem constitutionellen Vereine gemeinsam eine zustimmende Adresse an die National-Versammlung zu Berlin erlassen war, und die hiesige Bürgerwehr derselben am 15. d. M. erklärt hatte, daß sie ebenfalls der National-Versammlung ganz beistimme, und so lange das unconstitutionelle Ministerium Brandenburg-Manteuffel nicht abtrete, die National-Versammlung für die einzige gesetzliche Macht im Staate ansehe, von welcher sie Befehle entgegenzunehmen habe, wurden in der gestrigen Bürger-Versammlung folgende beiden Adressen einstimmig angenommen:

An Se. Majestät den König.

Ev. Königl. Majestät sind von treulosen Rathgebern völlig getäuscht worden, wenn dieselben Ihnen vorgespiegelt haben, daß eine Rückkehr zum alten absolutistischen Systeme vom preussischen Volke gebilligt werde. Ev. Majestät haben ein Ministerium ernannt, dem das gesammte Volk mißtraute. Dies Ministerium hat sich glänzend gerechtfertigt. Jeder Schritt dieses Ministerii war ein Verbrechen an der constitutionellen Freiheit. Preußen sieht entrüstet seine Vertreter durch Willkürherrschaft geknechtet, durch die bewaffnete Macht wider Recht und Gesetz überfallen und vertrieben; es sieht in dem Siege von 15,000 Bayonnetten über 250 unbewaffnete Bürger eine Schmach der Sieger, die, wenn nicht schleunig der gesetzliche Zustand hergestellt wird, auf Ev. Königl. Majestät Haupt zurückzufallen droht. Wir beschwören daher Ev. Majestät, ein Ministerium zu entfernen, das den Weg des Rechtes und Gesetzes verlassen hat, damit nicht aufs Neue Bürgerblut vergossen werde, dessen jeder Tropfen schwer auf Ihrem Gewissen lasten würde.

Wettin, den 15. Novbr. 1848.

An die Hohe National-Versammlung zu Frankfurt a. M.

Hohe Versammlung!

Das Unerwartetste und Unerhörteste ist geschehen: nicht durch rohe Pöbelhauften, sondern durch ein constitutionelles Ministerium, unterstützt durch die Bayonnette der bewaffneten Macht, ist ein Attentat auf die constituirende Versammlung zu Berlin **wirklich ausgeführt**, wie es gegen die Frankfurter Versammlung von einem Pöbelhauften nur **versucht** ward.

Der Major Brause ist mit Gewalt der Waffen in das Lokal der National-Versammlung eingedrungen und hat den

frechen Ausspruch gethan: daß seine Legitimation zu einem solchen Unterfangen die Soldaten seien.

Die hohe Central-Gewalt ist jederzeit bereit gewesen, einzuschreiten, wenn die constitutionelle Freiheit durch eine Fraction des Volkes bedrohet wurde; wir erwarten jetzt den Beweis, daß Dieselbe nicht nur nach unten, sondern auch nach oben die Freiheit der deutschen Volksstämme zu schützen gemeint sei, und fordern Eine Hohe Versammlung auf, dahin zu wirken, daß der durch freche Willkür des Ministerii Brandenburg gestörte Rechtszustand im preussischen Vaterlande durch schnelle und kräftige Maßregeln wieder hergestellt werde.

Wir beschwören namentlich die aus Preußen Abgeordneten, ihre Parteinteressen zu vergessen, und einzig ihre ganze Kraft dem geknechteten engeren Vaterlande zu widmen, um rechtzeitig einem Blutvergießen vorzubeugen, das in Bälde die Folge eines so rechtlosen Zustandes sein würde.

Wettin, den 15. November 1848.

An Eine Hohe Nationalversammlung!

Die heute versammelten Kriegesreservisten und Landwehrmänner des Mansfelder Seekreises drücken Einer Hohen Nationalversammlung zu Berlin ihre volle Beistimmung zu allen in diesen Tagen gefaßten Beschlüssen aus, und werden diesen Ihren Beschlüssen Folge zu leisten alle Zeit bereit sein und mit Ihnen stehen und fallen.

Eisleben, den 16. November 1848.

Diese Adresse ist mit gegen 600 Unterschriften noch heute unserm Deputirten Doerk übersendet.

An Ein Hochlöbliches Landwehr-Bataillons-Commando zu Sangerhausen, Ufersleben und Halle.

Unterzeichnete Landwehrmänner und Kriegesreservisten erklären hiermit feierlichst, daß dieselben in dem jetzigen Streite zwischen der Krone und der Nationalversammlung nur dem Befehle der Letzteren folgen und mit Ihr stehen und fallen werden, hieraus folgt von selbst, daß Unterzeichnete sich nicht für verpflichtet halten, einer Zusammenberufungsordre der Landwehr und Kriegesreservisten oder anderen Befehlen Folge zu leisten, die von dem jetzigen Ministerium ausgehen.

Eisleben, den 16. November 1848.

Dieser Protest wird von 82 Ortschaften heute eingereicht und den obigen Bataillons-Commando's der Landwehr zugesandt.
Eisleben, den 17. November 1848.

Feinstes stärkstes französisches Schießpulver.

Das mir leider so lange gefehlte französische Schießpulver ist nun endlich angekommen; ich empfehle solches hiermit ergebenst
W. Fürstenberg.

Bei Aufgabe meines Geschäfts verbinde ich mit dem Danke für das bisher geschenkte Vertrauen die Bitte: dasselbe auf Herrn Holzhausen, meinem langjährigen Gehülften, übertragen zu wollen.
Julius Grüneberg.

Auf Vorstehendes Bezug nehmend, empfehle ich mich einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum bei Anfertigung von neuen Flügeln und Pianoforte, so wie bei Reparaturen, Stimmen u. s. w. Meine Wohnung ist Neumarkt, Fleischergasse Nr. 1163.
Ferdinand Holzhausen,
Pianoforte-Fabrikant.

Ein erfahrener, mit den besten Zeugnissen versehener Brauer, welcher größeren Geschäften vorgestanden hat, sucht unter bescheidenen Ansprüchen sofort oder Neujahr eine Stelle durch J. G. Fiedler in Halle, kl. Steinstraße.

Eine im Molkenwesen, der Viehzucht und in der Küche erfahrene Wirthschafterin weist nach J. G. Fiedler in Halle.

Ein anständiges gebildetes Mädchen vom Lande sucht als Wirthschaftsgehülfin oder Ladendemosselle Unterkommen durch J. G. Fiedler.

Ein ordentlicher Mensch vom Lande sucht zu Neujahr als Kutscher oder Hausknecht eine Stelle durch J. G. Fiedler.

Jr. Lange, geprüfter u. selbst an Brüchen leidender Bandagist, gr. Ulrichsstraße Nr. 66, empfiehlt Bandagen jeder Art-

Von Sonntag den 19. d. M. an ist täglich gute Kuhmilch zu haben. Stand: Markt und Kleinschmieden-Ecke.

Fette Kieler Sprotten à 8 S empfiehlt **Volke.**

Berichtigung.

Die in der Beilage zur gestrigen Nr. des Couriers S. 10 angezeigte Versammlung der Reservisten und Landwehrmänner zu Mückeln findet nicht Dienstag, sondern schon Montag den 20. November Vormittags 11 Uhr statt.

In der Schwetschke'schen Sort.-Buchh. (Pfeffer) in Halle ist vorrätzig:

Die Knöpfel-Schule,

oder ausführliche Beschreibung von Seide, Band, Perlen und feinen Bindfäden: Taschen, Bösen, Kragen, Jagdtaschen und Borden etc. zu knöpfeln.

Ein Lehrbuch für Damen und Herren.

Mit allen nur möglichen Mustern und ausgeführten Arbeiten. 2 Hefte.

2te Auflage. 20 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Einzelne Hefte sind zu 10 $\frac{1}{2}$ Sgr. zu haben.

In der Schwetschke'schen Sort.-Buchh. (C. E. M. Pfeffer) ist zu haben:

Adolf Frei,

Theorie und Praxis des Billards.

Für Anfänger und Geübtere und zur genauen Kenntniß des Reglements. Wissenschaftlich und praktisch bearbeitet. Mit Tafeln. 12. Geheftet. Preis 15 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Unter allen Unterhaltungsspielen hat sich keins länger gehalten, als das von den Franzosen, also getauft „noble jeu de billard“ — denn, abgesehen von der heilsamen Motion, abgesehen, daß es durch die verschiedensten Stellungen dem Körper Leichtigkeit, Grazie und Gewandtheit verschafft, bietet es bei dauernder Unterhaltung einen schönen geistigen Genuß durch eine Denkkraft erfordernde angewandte mathematisch-physikalische Beschäftigung. Daher ist in obigem Büchlein zum ersten Mal der Versuch gemacht, nicht allein die ganze Praxis vollständig mitzutheilen, sondern auch alle Quellen zu erörtern, aus welchen man über alle dabei vorkommenden Probleme eine wissenschaftliche, auf Mathematik und Physik gestützte Auskunft schöpfen kann, ein Verdienst, wodurch sich diese Schrift vor allen ähnlichen specifisch unterscheidet.

Zur gütigen Beachtung.

Etuen geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum erlaube ich mir zum bevorstehenden Weihnachtsfeste eine geschmackvolle Auswahl pariser Pendulen, Rahmenuhren, Tischuhren und Taschenuhren in verschiedensten Gattungen zu wirklich billigen, jedoch aber auch wirklich festen Preisen ergebenst zu empfehlen. Noch erlaube ich mir ein geehrtes Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß ich bei einem jeden der mich bis Neujahr 1849 besuchenden Käufer die Verpflichtung übernehmen werde, für spätere Reparaturen der Werke dieser Uhren nie Etwas wieder abzunehmen; es sind sonach diese Uhren keine verzinsbaren Kapitalien, so wie auch alle übrigen Uhren aufhören werden, verzinsbare Kapitalien zu sein, welche mir bis Ostern 1849 zur Reparatur übergeben werden, indem jede dieser Uhren von mir so in Stand gesetzt wird, daß ich die möglichen späteren Kosten der Werke selbst tragen kann und werde.

L. Schulze, Uhrmacher in Halle, Rannische Straße Nr. 540.

Subscriptions-Einladung.

Bei Lippert & Schmidt in Halle ist zu haben:

Berliner Omnibus.

Zeitschrift für Unterhaltung und Volksfreiheit. Redacteur: Ad. Wolff. Wöchentlich erscheinen 3 Nummern mit „Sieben Todsünden“ und Berliner Zeitung u. s. w. für den Vierteljahrspreis von nur 12 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Ein in vier C-Febern hängender sehr guter halbverdeckter Kutschwagen steht zu verkaufen auf dem Franke'schen Rittergut zu Geiseltal östlich bei Mersburg.

In meiner Weinstube täglich frische Austern pro 100 Stück 2 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Sgr. Friedr. Kühl, Leipz. Straße Nr. 284.

Gebauer'sche Buchdruckerei.

Zur Kleinkirmes Sonntag den 19. d. M. ladet ergebenst ein
der Gastwirth Schmidt
in Reideburg.

Freiimfelde.

Letzte Kleinkirmes Sonntag, Montag und Dienstag den 19., 20. und 21. November.

Familien-Nachrichten.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute früh 2 $\frac{1}{2}$ Uhr erfolgte glückliche Entbindung seiner lieben Frau von einem muntern Knaben beehrt sich hiermit anzuzeigen

Halle, d. 18. November 1848.

Tausch.

Todes-Anzeige.

Gestern Mittag um 11 Uhr entriß mich der Tod meinen lieben Mann, den Kaufmann Friedrich Ferdinand Humme. Mit der Bitte um stille Theilnahme zeige ich dieses für mich so betäubende Ereigniß allen seinen vielen Freunden in und außerhalb Halle hierdurch an.

Halle, den 17. November 1848.

Henriette Humme.

Todes-Anzeige.

Am 14. October endete im Dienste des Vaterlandes unser geliebter Sohn und Bruder, Wilhelm Frenkel, 22 $\frac{1}{2}$ Jahr alt, am Nervenfieber sein junges Leben. Er stand beim 27. Inf.-Reg. als Muckettier in Koblenz am Rhein. Fern von seiner Heimath und den geliebten Sätzeln, mitten unter Unruhen und Kriegsgetümmel, rief ihn der Friedensengel ab ins Land der Ruhe. Sanft ruhe seine Asche!

Diese betäubende Anzeige widmen wir seinen Bekannten und Freunden in der Heimath.

Dornitz bei Cönnern a/S., den 16. November 1848.

Der Vater, die Brüder und die Schwestern.

Bei unserer Abreise von hier nach Amerika sagen wir allen unsern lieben Verwandten und Freunden ein herzliches Lebewohl.

Halle, den 17. November 1848.

Julius Grüneberg
nebst Familie.

Deutschland.

Es wird, wie wir vernehmen, unter einem Theile der Landbewohner die Besorgniß verbreitet, daß in Folge der Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg und der damit in Verbindung stehenden einstweiligen Vertagung derselben eine Beschränkung der dieser Versammlung zur Berathung vorliegenden und selbst der bereits publicirten Gesetze, welche eine Verbesserung der Lage der ländlichen Grundbesitzer bezwecken, eintreten könne. Wir halten uns deshalb verpflichtet, hiermit die bestimmte Versicherung auszusprechen, daß die Regierung Sr. Majestät des Königs fest entschlossen, auf dem seit dem März betretenen Wege zur Begründung der verheißenen verfassungsmäßigen Freiheit fortzuschreiten, nicht im Entferntesten beabsichtigt, in die freie und unabhängige Berathung und Beschließung der Versammlung der Vertreter des Landes über die denselben vorliegenden Gesetzentwürfe irgendwie störend einzugreifen, oder ihrerseits eine Aenderung der in Uebereinstimmung mit jener Versammlung bereits erlassenen und in voller Kraft bestehenden Gesetze zu beantragen.

Merseburg, den 16. November 1848.

Königliche Regierung.

(gez.) v. Wikeleben.

Protest

der

constitutionell-monarchisch gesinnten Abgeordneten, die von Sr. Majestät dem König ausgesprochene Verlegung der National-Versammlung betreffend.

Die unterzeichneten Abgeordneten halten es dem Lande und der Versammlung gegenüber für ihre Pflicht, die Gründe anzugeben, die es ihnen unmöglich machen, der heutigen Sitzung länger beizuwohnen oder an einer spätern Sitzung in Berlin Theil zu nehmen. Das Gesetz v. 8. April d. J., auf Grund dessen die Versammlung zur Vereinbarung einer Verfassung zusammengetreten ist, enthält keine Bestimmung darüber, wo der Sitz der Versammlung sein solle. Die Wahl des Versammlungs-Ortes ist somit der Krone überlassen. Sie hat davon Gebrauch gemacht, indem sie die Abgeordneten nach Berlin einberief, und sie übt dasselbe Recht, indem sie die Versammlung jetzt nach Brandenburg verlegt.

Doch nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zu einer solchen Verlegung ist unserer Ueberzeugung nach vorhanden, weil unter den obwaltenden Umständen diese Maßregel das einzige Mittel ist, die Versammlung dem Terrorismus, der hier gegen sie geübt wird, zu entziehen und mit der Freiheit der Berathung die Würde derselben wieder herzustellen. Daß mit dieser Verlegung bis zu dem Augenblick, in welchem die Ausführung derselben möglich ist, eine Vertagung verbunden werden mußte, folgt daraus, daß die Regierung mit sich selbst in Widerspruch treten würde, wenn sie die einmal erkannte Unfreiheit auch nur auf eine kurze Zeit dulden würde.

Ist hiernach das Recht der Krone zu der heute eröffneten Anordnung unserer Ueberzeugung nach außer Zweifel, so

ist es die Pflicht der Versammlung, derselben durch sofortige Schließung der Sitzung Folge zu geben. Thut sie dies nicht, so halten wir sie von dem Augenblick an für eine ungesetzliche, an welcher Theil zu nehmen die Pflicht uns verbietet.

Sollte dessenungeachtet die Versammlung ihre Berathungen fortsetzen, so protestiren wir gegen die etwa zu fassenden Beschlüsse und erklären, daß wir sie weder für das Land noch für uns als verbindlich anerkennen können.

Berlin, den 9. Novbr. 1848.

Tamrau, v. Borries, Schütze, v. Brünneck, Hofer, Feldhaus, Rehfeld, v. Schleider, Kaiser, Bloßdau, Fließbach, Hesse (Solingen), Kupper, Herholz, Lingenau, Dallmann, Dr. Funcke, Herrmann, Müllensiefen, Reubarth, v. Daniels, Scheid, Mägke, Wiethold, Scholz (Meseritz), Arnold (Danzig), v. Meusebach, Gessler, v. Kleist, v. Reichmeister, Wilde.

Mit Bezug auf das Schreiben, welches der erwählte Ausschuß der Rechten und des rechten Centrums an das Ministerium gerichtet hat, (siehe die gestrige Nr. des Cour.) sagt die Parlaments-Correspondenz:

Wir erfahren, daß dieser Schritt sich mit einem Beschlusse des Staatsministerii, der aus eigener Entschließung derselben bereits hervorgegangen war, gekreuzt hat. Die Einberufung der Nationalversammlung nach Brandenburg ist daher vielleicht noch in einer kürzeren Frist vor dem 27ten zu erwarten.

Der Unterstaatssekretair Bassermann soll sich große Mühe gegeben haben, hier eine Verständigung zwischen den verschiedenen Parteien herbeizuführen.

Einem zweiten nicht so verbürgten Gerüchte zufolge soll der bekannte Führer des Centrums (wir hoffen zur Ehre dieser Partei nicht in ihrem Auftrage) bei den Unterhandlungen mit Hrn. Bassermann als Ultimatum die Thronentsagung des Königs und die Bedingung gestellt haben, daß der Prinz von Preußen als Nachfolger sich einer Verfassung zu unterwerfen habe, die ihm jeden Einfluß auf die Regierung des Landes entziehe.

Um die Verwickelung unsrer Zustände klar zu machen, darf eine Anschauungsweise nicht übergangen werden, die man von manchen Seiten sehr geschäftig zu verbreiten sucht. Man giebt zu verstehen, eine gewisse Partei habe den König zu diesen äußersten Schritten gedrängt, um ihn in ein unzerreißbares Netz zu verstricken und ihn auf dem Thron ferner unmöglich zu machen. — Man fühlt die Absicht der Umsturzpartei, Zwiespalt in das Feldlager derer zu tragen, die an dem constitutionellen Königthum festhalten, aus solchen Insinuationen nur allzu deutlich heraus.

Wird das Land nun endlich die Augen öffnen und erkennen, daß wir am Vorabende des Kampfes stehen zwischen der constitutionellen Monarchie und der rothen Republik! Nur Eintracht und Treue kann uns vor dem Abgrunde bewahren, in den der Fanatismus einer Partei uns zu stürzen droht! —

Berlin, d. 18. Nov. Die Haltung der Stadt war gestern unter dem Einfluß eines unausgesehten Regenwitters völlig ruhig, die Straßen waren fast einsam. Mit der Entwaffnung

der Bürgerwehr fährt man fort, und, wie es scheint, erfolgreich, da sogar die Maschinenbauer ihre Waffen abgeben zu wollen erklärt haben sollen. Desto mehr Gerüchte circulirten in der politischen Welt. Daß das Ministerium Brandenburg lange bleiben wird, glaubt man nicht, da es in sich selbst uneinig geworden sein soll. Auch sollen sämtliche Oberpräsidenten sehr ungünstig über die Stimmung der Provinzen berichtet haben. Man spricht von der Bildung eines Ministeriums, dessen Vorsitz Herr Camphausen übernehmen würde. (Woff. 3.)

Mein Eintritt in das Ministerium Graf Brandenburg.

Durch ihre Adresse vom 2. d. Mts. hat die National-Versammlung des Königs Majestät gebeten, so ehrfurchtsvoll als dringend, den Grafen Brandenburg von seiner Mission, ein Kabinet zu bilden, zu entheben. An dieser Adresse und ihrer Ueberbringung habe ich Theil genommen — und dennoch bin ich jetzt ein Mitglied eben dieses Kabinetts. Wie reimt sich das? Auf welcher Seite liegt hier die Inkonsequenz — die Uebertrünnigkeit? Frei, offen, vor dem ganzen Lande will ich mich hier darüber ausdrücken.

Die 250 Männer, welche seit dem 9. November noch jetzt als die preussische National-Versammlung berathen und Beschlüsse fassen, haben sich außerhalb des Gesetzes gestellt — durch offene Aufsehnung, nicht sowohl gegen das Ministerium Brandenburg, als gegen das Gesetz selbst, gegen die Regierungsgewalt des Königs — diese letztere durchaus und entschieden als constitutionell aufgefakt.

Und daher bin ich in das Kabinet eingetreten. Am 11. wurde ich dazu aufgefordert. Ich war noch sehr leidend von einer Krankheit, die mich auch verhindert hatte, in der Sitzung der National-Versammlung vom 9. zu sein. Als ich die Nachricht erhielt von dem Beginnen der Versammlung nach Verkündigung der Verlegungsbotschaft, fühlte ich mit dem tiefsten Schmerze sogleich,

daß es sich fortan um etwas ganz Anderes handle, als um die Wegschaffung des Kabinetts Brandenburg — daß es vielmehr der Wegschaffung der Krone, des Königthums selber gelte, nicht zwar nach der Absicht, wenigstens der großen Mehrheit der Deputirten, unter denen ich so viele höchst ehrenwerthe,

theure Freunde habe, als durch die von ihnen leider nicht erkannten Folgen ihres Verfahrens.

Und diese Einsicht, im Bunde mit meinem von Treue und Liebe für mein Vaterland, für den König und unser Fürstenthum ewig schlagenden Herzen, brachte meine sonst entschiedene Abneigung zu einem Ministerposten zum Schweigen. Noch geschwächt an Kräften, wie ich war, willigte ich ein, an dem heißen Kampfe Theil zu nehmen, den die 250 durch ihren offenen erklärten Bruch mit der Königsgewalt entzündet haben.

In diesem Kampfe stehe ich entschlossen auf Seiten des Königs, der Regierung und stehe und kämpfe mit jedem Ministerium, welchen Namen es auch an seiner Spitze trage — nur danach fragend und trachtend, daß die von der Nation geforderten und ihr auch verbrieften Grundfreiheiten gewahrt und ausgebildet werden: 1) nach dem Princip der freien Selbstbestimmung der Person, der Familie, der Gemeinde,

d. h. die Freiheit der Individuen und Vereine soll in allen Stücken durch politische, durch positive Gesetze nicht weiter eingeschränkt werden, als das Zusammenleben der Menschen, das Gemeinwohl es unabweislich gebietet,

2) nach dem Prinzip der Mitbeschließung der Nation bei der Gesetzgebung jeder Art durch ihre Vertreter — gewählt von ihr selbst, mit der Wahlberechtigung, wie sie der Verfassungs-Entwurf der Commission der National-Versammlung bestimmt hat.

Ich habe mich überzeugt, daß auch das Kabinet Brandenburg ganz etwas Anderes als so thöricht ist, zu wähen, es sei etwas Anderes haltbare möglich. Vor Allem aber bin ich auch von unserem Könige so gewiß, wie von mir selbst, daß er heilig halten wird, was er zugesagt — mit ehelichem Sinn und unerschütterlich — und fürwahr, die Wahrhaftigkeit ist mehr bei ihm, als bei seinen Segnern.

Das Ministerium wird es bald durch Thaten zeigen, daß es die volle Freiheit in dem vorhin bezeichneten Sinne ehrlich und aufrichtig will, daß der Glaube an seine zurückschreitenden (reactionären) Bestrebungen ein Wahn ist, ein Urtheil, gesprochen von der jetzt so leicht von jedem Wände bewegten Menge vor der Anhörung der Betheiligten — und darum bei Gott und redlichen, geist- und herzgesunden Menschen verwerflich und verdamulich.

Die Rettung des theuren Vaterlandes ist mein glühender Wunsch. Ich fühle mich stark, durch die Kraft meiner Ueberzeugung, durch den unerschütterlichen Glauben, daß der Sieg der gerechten Sache zufallen muß. Und er wird es.

Berlin, den 15. November 1848.

Rintelen.

Bekanntmachungen.

Gutsversteigerung.

Das Gut des Herrn Gottlob Ambrustus Reuße zu Leistau in der Grafschaft Camburg, welches gegen 50 große Acker (à 200 zehnell. □Rth.) Grundfläche hat, soll im dasigen Gasthofe

Mittwochs den 29. Nov. d. J.

Vormittags 10 Uhr

erst im Einzelnen, dann im Ganzen versteigert und die bei diesem Verkaufe gestellten werdenden Bedingungen vorher mitgetheilt werden durch Carl Zeusschel in Camburg.

Ein Landgütchen mit ungefähr 25 großen Acker Flächenraum in der Grafschaft Camburg ist aus freier Hand zu verkaufen durch Carl Zeusschel in Camburg.

1800, 1500, 500 und 300 R^r sind auf ländliche Grundstücke und 1000, 300 und 200 R^r auf Häuser in der Stadt auszulihen. — 6000, 3000 und 1100 R^r werden zur ersten Hypothek auf Acker zu leihen gesucht durch A. Linn in Halle, Lucke Nr. 1386.

Von den Wahlmännern des Quersfurter Kreises sind nachstehende Adressen:

An Se. Majestät den König.

Majestät! Der Schritt, den das Ministerium Brandenburg gethan hat, findet im ganzen Lande die entschiedenste Mißbilligung. Er zerschneidet das Band der Treue, welches bis jetzt das Volk an den Thron geknüpft hat; er fordert uns Alle auf, uns wie Ein Mann dagegen zu erheben!

Ist es noch möglich, diesen Schritt, der die Krone selbst gefährdet, rückgängig zu machen, so vereinigen wir unsre Bitten mit denen des Krieger-Vereins in Magdeburg, und beschwören Ew. Majestät, an Stelle dieses, den Volksrechten feindlich entgegentretenden Ministeriums, Männer zu berufen, die das Vertrauen des Volkes besitzen!

Unter allen Umständen aber möge von Ew. Majestät uns zu unsrer Beruhigung die Versicherung gegeben werden, daß unsre Deputirten, mit der Freiheit zu handeln, nicht auch die persönliche Freiheit verlieren und die Vertheidigung der Rechte des Volks mit dem Leben küßen müssen.

An die preussische National-Versammlung.

Hehe National-Versammlung! Vertreter des preussischen Volks! Eure Aufforderung ist uns ins Herz gedrungen, und wir rufen Euch zu: Haltet fest und bewahrt den edeln Sinn, der Euch jetzt befeelt und ein einmüthiges Handeln hervorgerufen hat! Laßt Euch durch keine volksfeindliche Bestrebung irre leiten, denn die gerechte Sache wird und muß siegen!

Allen Euren Beschlüssen treten wir aus voller Ueberzeugung bei und werden sie durch die uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel zu unterstützen bemüht sein!

Quersfurt, den 16. November 1848.

Die Wahlmänner des Quersfurter Kreises.

berathen, angenommen und an den Ort ihrer Bestimmung abgesendet worden.

An unsere Mitbürger!

Die hiesige demokratische Zeitung meldet in einem Extra-Blatt, daß die National-Versammlung in Berlin entschieden habe: das Ministerium Brandenburg sei nicht berechtigt, ferner über Staats-Gelder zu verfügen und Steuern zu erheben. Hieran knüpft jenes Blatt die Aufforderung, daß jeder Staatsbürger, welcher es mit der Wohlfahrt des preussischen Staates redlich meint und nicht zum Hochverräther werden will, keinerlei direkte Staatssteuern oder Gerichtskosten an königliche Kassen mehr zahlen möge; daß vielmehr diese Kassen durch Versiegelung und Bürgerwachen in der Art gesichert werden müßten, daß auch nicht Ein Pfennig davon mehr ausgegeben werde.

Wir brauchen nicht erst darauf aufmerksam zu machen, daß eine solche Maßregel das größte Unglück für unsern ganzen Staat herbeiführen würde. Es müßten dadurch alle Auszahlungen für öffentliche Bauten, für Militair, für Beamte, für Schulen und Kirchen u. ins Stocken kommen, eine große Zahl Familien in die größte Noth gerathen, die Ausführung von Recht und Gesetz aufhören und überhaupt alle staatliche Ordnung über den Haufen gestürzt werden.

Demnach kann ein solcher Beschluß nicht als zum Nutzen des Landes gefaßt betrachtet werden und bei aller Billigung früherer Maßnahmen der National-Versammlung, bei dem unbedingtesten Willen keines der Rechte des Volkes irgend aufzugeben, muß man doch diesen Schritt gewiß nur als einen unglücklichen beklagen, welchem in keiner Weise Folge gegeben werden darf.

Ob schon wir nun die feste Ueberzeugung haben, daß keiner unserer Mitbürger irgend Neigung haben wird, den Aufreizungen jenes demokratischen Blattes zu folgen, so wollen wir doch nicht unterlassen, hierdurch noch ausdrücklich daran zu mahnen, daß wir Alle bis zur Gültigkeit neuer Gesetze den bestehenden unterworfen sind, daß keine einseitige Erklärung der National-Versammlung von solchen entbinden kann und daß nur in der strengen Befolgung der Gesetze in so bedrängten Zeiten das Heil des Staates und mit ihm das Heil aller seiner Bürger zu bewahren ist.

Halle, den 18. November 1848.

Der Magistrat.

Warnung.

Da die Jagd in der Kirchdlauder Flur verpachtet ist, so wird hiermit Jeder vor Wildfrevel in genannter Flur ernstlich gewarnt, indem die Gemeinde in Gemeinschaft der Pächter mit aller Strenge ihr Recht wahren und etwaige Uebertretungen streng bestrafen werden.

Kirchdlau, den 15. Nov. 1848.

Die Ortsbehörde.

Eine blaue Mütze ist auf der Promenade am 17. d. M. verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dieselbe bei Fehling auf der Promenade abzugeben und erhält angemessene Belohnung.

Ist denn der Herr G. Eichardt noch nicht retour von Zeltz, wo er mehrere Gelder mitbringen, wie er mir versprach, und dann sein armes Dienstmädchen davon bezahlen wollte. Berger.



Balsamum Hepar-Sulphuris zur unfehlbaren, schmerzlosen und radikalen (nicht palliativen) Heilung der Hühneraugen empfiehlt Unterzeichneter. Preis für die Dosis nebst Gebrauchs-

Anweisung 15 und 10 Sgr. und wird, da ich erfahre, daß Vorgänger durch Täuschung das Vertrauen des Publikums geschwächt, die Hälfte des Betrages bei Abholung des Präparats und die andere Hälfte nach überzeugter Wirkung entrichtet. Logis im Löwen, Leipziger Straße von 2—5 Uhr zu sprechen. Ludwig Delsner, autorisirter Operateur.

Unsre Landwehr wird einberufen; sie wird gewiß ihrer Pflicht treulich Folge leisten zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung in der Provinz, sie wird aber auch bei dem herannahenden Winter mit banger Sorge erfüllt sein wegen der Erhaltung ihrer Familien, wenn der Dienst sie außerhalb der Stadt führen sollte. Mitbürger! laßt sie uns von dieser drückenden Sorge befreien, steuern wir nach Kräften hierzu bei, damit unsre Landwehrmänner ruhigen Gemüths ihre Pflicht erfüllen können. Zur Annahme von Beiträgen sind gern bereit Wucherer. Runde. Jacob.

Die Unterzeichneten werden ihre Steuern nach wie vor fortzahlen. Sie erwarten die angebrohten Folgen dieses Hochverraths und bitten Gleichgesinnte, ihre Meinung öffentlich auszusprechen. Brauer. Colberg. Lippert. Runde.

Der §. 1 des provisorischen Statuts der Halle'schen Bürgerwehr lautet:

„Zweck der zu Halle errichteten Bürgerwehr ist: Schutz und Aufrechthaltung der Ruhe der Stadt, so wie Sicherheit der Personen und des Eigenthums“ und in der gestrigen Sitzung des Stabes, der Führer und Vertrauensmänner der Halle'schen Bürgerwehr hat man anerkannt, daß man lebiglich an dieser Bestimmung festhalten und alle politischen Meinungen bei Seite lassen wolle.

Werden, mit Hinblick auf diese Bestimmungen und Beschlüsse, die 90 Studenten ihre in Nr. 271 des Halle'schen Couriers abgegebene Erklärung zurücknehmen? oder von ihrem Eintritt in die Halle'sche Bürgerwehr abstehn?

Formulare zu Stammlisten der Bürgerwehr verkauft à Buch 7 1/2 Sgr. die Steindruckerei von A. Riez in Naumburg, kleine Jakobsstraße.

Ein Kapital von 3850 Rthl. erste und ein solches von 2000 Rthl. zweite Hypothek wird zum Januar und April k. J. gesucht. Näheres unter H. A. poste restante Helldrungen.

Pfeffergurken empfiehlt G. Linde, Alter Markt Nr. 695.

Weißer und brauner westindischen Honig verkauft im Ganzen und Einzelnen Robert Lehmann.

Heute, Sonntag, den 19. d. M., Nachmittags 2 Uhr werden im Prinz Carl alle Gefellen der Stadt Halle zu einer wichtigen Berathung hiermit eingeladen. Der Vorstand.

Fortsetzung der großen Uhren-Auction.

Freitag, den 24. d. M., Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr sollen große Ulrichsstraße Nr. 20

300 Stück Haus-, Ketten-, Nahm-, Post-, Schlag- und Wecker-Uhren meistbietend verkauft werden.

Brandt.

Hauptversammlung

der vereinigten Müllergesellen des Regierungs-Bezirks Merseburg Sonntag den 26. Nov. 1848 in der goldenen Egge zu Halle.

Durchsicht der Statuten und Abgabe derselben sowohl an den Wohlöbl. Magistrat zu Halle als auch an die Königl. Regierung zu Merseburg. Im Auftrage des Vorstandes: H. Richter.

Gebauer'sche Buchdruckerei.

Vertheilung

Halle, den 18. November 1848.

